

# Protokollauszug

## Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Jugend, Bildung und Soziales vom 01.09.2025

---

### **TOP 5.3. Durchführung eines Jugendaustausches (SPD-Fraktion)**

**VOP/2025/0369**

Herr Holst stellt im Namen der SPD-Fraktion den verwiesenen Antrag vor. Gegenüber dem ursprünglichen Antrag verweist Herr Holst auf die bereits feststehenden Änderungen, dass der geplante Jugendaustausch sich zunächst auf das Stadtgebiet beschränken soll und eine Durchführung für das Jahr 2026 anvisiert wird.

In der anschließenden Diskussion geben die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion die Hinweise, dass der inhaltliche Aspekt, die Federführung bei der Organisation und der Teilnehmerkreis eines geplanten Jugendaustausches konkretisiert werden sollten. Zudem soll das Kinder- und Jugendparlament der Hanestadt Wismar eingebunden werden.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion bedanken sich für die Hinweise. Herr Holst sagt zu, dass die Fraktion den Antrag überarbeiten und dann erneut zur Beschlussfassung in die Bürgerschaft einbringen wird.

#### **Beschluss:**

Die Präsidentin der Bürgerschaft wird gebeten im vierten Quartal einen Jugendaustausch zu organisieren. Hierzu sollen Jugendliche im Alter von 12-20 Jahren, insbesondere jedoch Mitglieder von Schülerräten und Klassensprecher eingeladen werden. Neben einer öffentlichen Einladung über die bekannten Kanäle der Hansestadt (z. B. PPush, Homepage, Instagram) wird zusätzlich darum gebeten, alle Schulen in der Hansestadt Wismar inklusive der Regionalschulen Poel und Dorf Mecklenburg, Schulsozialarbeitende, Jugendclubs, sowie den AStA der Hochschule Wismar über die Veranstaltung zu informieren. Ferner ist der Landkreis Nordwestmecklenburg als wichtigster Träger der Jugendarbeit zum Jugendaustausch einzuladen. Zudem sollten neben den Fraktionen der Bürgerschaft auch der Bürgermeister und Mitarbeitende der Stadtverwaltung teilnehmen. Eine Beteiligung des Kinder- und Jugendparlaments an den Vorbereitungen ist wünschenswert.

Mit der Auswertung des Jugendaustausches wird der Kulturausschuss beauftragt. Sollte der Ausschuss eine Weiterführung des Formates befürworten, wird die Präsidentin um eine Fortsetzung der Veranstaltung im nächsten Jahr gebeten.

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit etwaige anfallende Kosten finanziert werden können.